

# **Integrationspolitische Leitlinien der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein**

**Beschluss des Schleswig-Holstein-Rats am 06.03.2010 in Bad Bramstedt**

Schleswig-Holstein und Deutschland stehen im 21. Jahrhundert vor großen Herausforderungen. Neben der Ordnung der öffentlichen Finanzen ist der demographische Wandel der deutschen Gesellschaft eines der zentralen Themen unserer Zeit. Die Frage nach dem Gelingen der Integration von Zuwanderern in Deutschland ist dabei zentral. Der Wohlstand unseres Landes hängt in großem Maße davon ab, wie gut Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund in unser Gesellschafts- und Wertesystem integriert werden können.

15,6 Millionen Migranten leben heute in Deutschland. Das sind 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Insgesamt hat knapp ein Drittel aller Kinder bis zehn Jahre einen Migrationshintergrund. In den Industrieregionen Westdeutschlands sowie den großen Städten Berlin und Hamburg sind es bereits mehr als 40 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Integration in der Zukunft gelingen muss. Ansonsten drohen große Zerwürfnisse in unserem Land.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein startet mit ihren integrationspolitischen Leitlinien einen Diskussionsprozess im Verband und wird sich in der Zukunft intensiv mit dem Thema beschäftigen. Die Leitlinien sollen ein erster Entwurf für die Diskussion sein und Wege für eine bessere Integrationspolitik in Schleswig-Holstein aufzeigen.

In Zukunft werden aufgrund der demographischen Entwicklung immer weniger Schüler die Schulen verlassen. Ein wachsender Teil der Schulabgänger entscheidet sich für das Studium. Fachkräftemangel ist die Folge. Das Prognos-Institut hat errechnet, dass im Jahr 2015 mehr als 3 Millionen Fachkräfte auf allen Ebenen fehlen werden. Gleichzeitig machen nur wenige Migranten-Kinder eine Lehre. Von den in Deutschland lebenden Ausländern, die knapp die Hälfte der Migranten stellen, beträgt die Ausbildungsquote gerade einmal 25 %. Bei den Deutschen sind es fast 60 %. Die Schulabbrecherquote ist bei Ausländern besonders hoch und beträgt 7,5 %. Bei Schülern ohne Migrationshintergrund liegt die Quote bei

2,2 %. Die Auswertung der PISA-Studie ergab, dass 40 % der Migranten Risikoschüler sind, d.h. auch mit 15 Jahren nur Grundschulkenntnisse besitzen.

Dieses Dilemma beginnt bereits im frühen Kindesalter. Kleinkinder mit Migrationshintergrund besuchen in Deutschland zu selten einen Kindergarten (oder eine ähnliche Betreuungseinrichtung). Insgesamt liegt die Quote bei 84 %. Leider ist Schleswig-Holstein beim Besuch einer KiTa bundesdeutsches Schlusslicht. Während hier 91 % der drei- bis sechsjährigen Kinder ohne Migrationshintergrund eine KiTa besuchen, sind es nur 60 % der Kinder mit Migrationsgeschichte.

Diese Verhältnisse müssen geändert werden, da es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Besuch einer KiTa, dem Erlernen der deutschen Sprache sowie frühkindlicher Bildung und der Wahrscheinlichkeit in der Schule zu scheitern, wenn Kinder keine KiTa besucht haben. Die JUNGE UNION fordert die Politik in Land und Kommunen auf, Instrumente zu entwickeln, um die Akzeptanz des KiTa-Besuchs für Migranten und deren Kinder zu steigern. Dazu bedarf es auch weiterer Aufklärung. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Organisationen von Migrantinnen und Migranten muss in diesem Bereich verstärkt werden.

In der Einleitung wird bereits darauf eingegangen, dass unser Wohlstand in Zukunft davon abhängt, ob es gelingt, Absolventen mit Migrationshintergrund erfolgreich auszubilden – egal ob in der Schule, im Betrieb oder an den Hochschulen und Universitäten. Der demographische Wandel wird dazu führen, dass die Ausgaben für Rente, Gesundheit und Soziales von immer weniger Schultern getragen werden müssen. Um dies auch nur annähernd zu schaffen, ist es wichtig, alle zur Verfügung stehenden Kräfte bestmöglich im Arbeitsmarkt zu aktivieren. Ein Heer von Niedriglohnkräften wird die notwendige Wertschöpfung zur Sicherung unseres Wohlstandes nicht erwirtschaften können.

Daher ist eine bessere Förderung von jungen Migranten notwendig. Erst wenn viele Beispiele gelungener Integration ihren Vorbildcharakter entfalten können, werden wir junge Leute auch verstärkt dafür motivieren können, in der Schule zu lernen und im Beruf zu arbeiten. Nur eine gelungene Integration verspricht Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Entwicklung zu Parallelgesellschaften, wie wir sie in vielen Städten

Deutschlands beobachten können, muss entschieden begegnet werden. Die Einwanderungs- und Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte ist aus Sicht der JUNGEN UNION gescheitert. Neben dem humanitären Aspekt, Menschen in Notsituationen Zuflucht zu bieten, muss in Zukunft daher auch eine Steuerung der Zuwanderung anhand der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands erfolgen. Das neue Zuwanderungsgesetz von 2005 hat hier die Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Der Ausbau der Förderung kann jedoch nur einhergehen mit der Formulierung klarer Regeln und deren Beachtung und Durchsetzung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, angefangen in der Schule, in der Lehrerinnen selbstverständlich gleichberechtigt arbeiten und deren Autorität nicht in Frage gestellt werden darf. Unser Staats- und Gesellschaftsverständnis beruht auf den aufgeklärten und christlichen Werten der westlichen Staatengemeinschaft, die uneingeschränkt anerkannt werden müssen. Als Grundlage jeder Integration muss gelten: Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen, ohne dabei seine Herkunft verleugnen oder seine Wurzeln aufgeben zu müssen. Kulturelle Unterschiede dürfen nicht so weit gehen, dass Demokratie oder Rechtsstaat in Frage gestellt werden.

Das Leitbild des „Multikulti“ hat zur Entstehung von Parallelgesellschaften geführt und muss als gescheitert betrachtet werden. Ziel unserer Bemühungen muss vielmehr eine Inklusion sein, denn ein unverbundenes Nebeneinander führt zu einer Zersplitterung unserer Gesellschaft. Eine Stärkung des Zusammenhalts kann weniger durch staatliche Angebote als durch freiwilliges, ehrenamtliches Engagement im Sport, in Vereinen in Bereichen der Kultur, Bildung und Politik oder freiwilligen Feuerwehren erreicht werden. Das Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Es kann für beide Seiten einen Erwerb zusätzlicher Kompetenzen sowie Kenntnisse über Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft bedeuten. Austausch und Begegnungsmöglichkeiten fördern nicht nur die soziale Integration, sondern zugleich Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Dieses Engagement muss daher insbesondere für Migranten besonders gefördert werden.

Für die JUNGE UNION Schleswig-Holstein steht die Integrationsdebatte ganz oben auf der politischen Agenda. Die JUNGE UNION bemängelt, dass die Debatte in Deutschland sehr oberflächlich geführt wird und die vor uns liegenden Veränderungen bisher nur in Fachkreisen erörtert werden. Insofern begrüßen wir die Berufung eines Beauftragten für Integration durch die schleswig-holsteinische Landesregierung und verbinden mit dem Amt die Hoffnung, dass die Integrationsfrage stärker als bisher in den Vordergrund gerückt wird.